
Haushaltssatzung und Bekanntmachung

1. Haushaltssatzung

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.05.2020 (GVBl. I S. 318), hat die Gemeindevertretung am 17.02.2021 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird

im Ergebnishaushalt

<u>im ordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	7.936.481 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	7.543.440 €
mit einem Saldo von	<u>393.041</u>
<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	7.590 €
mit Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	62.750 €
mit einem Saldo von	<u>-55.160 €</u>
mit einem Überschuss von	209.791 €

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	694.698 €
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.899.067 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	3.176.518 €
mit einem Saldo von	<u>-1.277.451 €</u>
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	1.396.512 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	763.560 €
mit einem Saldo von	<u>632.952 €</u>
mit einem Zahlungsmittelüberschuss des Haushaltsjahres von	50.199 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2021 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 1.396.512 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 472.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2021 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2021 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- | | |
|--|----------|
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf | 695 v.H. |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 695 v.H. |

2. Gewerbesteuer auf

375 v.H.

§ 6

Ein Haushaltssicherungskonzept wurde nicht beschlossen.

§ 7

Es gilt der von der Gemeindevertretung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 8

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind und die grundsätzliche Deckung gewährleistet ist. Über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen entscheidet der Gemeindevorstand bis **50.000 €** und die Gemeindevertretung darüber hinaus. Über- und außerplanmäßige Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind generell durch den Gemeindevorstand bis **25.000 €** und darüber hinaus durch die Gemeindevertretung zu bewilligen, wenn die betroffenen Plan-/Buchungsstellen nicht durch Vermerk für deckungsfähig erklärt wurden.

Bad Salzschlirf, den 18.02.2021

DER GEMEINDEVORSTAND DER
GEMEINDE BAD SALZSCHLIRF

- Matthias Kübel -
Bürgermeister